

(Dorn (F.D.P.))

- (A) vielleicht auch aus der Erfahrung heraus, die ich in den Jahren von 1969 bis 1972 in der Hochphase der Terroristenbekämpfung im Innenministerium des Bundes gemacht habe. Wir können vielleicht - das will ich zugehen - einem Kronzeugen eine neue Identität geben, wir können ihm vielleicht auch die Chance geben, ungehindert ins Ausland zu kommen; aber bei der inneren Einstellung der Terroristen, die keinerlei Rücksicht auf eigene Leute und ihre Anhänger nehmen, muß doch jederzeit damit gerechnet werden, daß die Eltern und die übrigen Verwandten dieser nunmehr mit einer neuen Identität versehenen Person sofort kassiert und ermordet werden oder daß andere Geiseln genommen werden, ohne daß irgend etwas möglich sein wird. Kronzeugenregelungen für Mörder, aus welchem Grunde auch immer, in Permanenz schaffen zu wollen, die von uns nicht akzeptiert werden können, wird niemals zu einer vernünftigen und für alle Teile befriedigenden Lösung führen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten uns gemeinsam darum bemühen, Herr Minister - deswegen hat die Stellenplankommission ja auch vorgesehen, sich im Laufe des nächsten halben Jahres um einige Polizeidienststellen zu kümmern, die Polizei im Einsatz zu sehen und in der Ausbildung kennenzulernen -, vielleicht auch hier zu einer Gesamtkonzeption zu finden, die vom ganzen Hause getragen werden kann und dazu führt, den polizeilichen Einsatz vor allen Dingen im Präventivbereich in den nächsten Jahren verstärkt auf der Straße zu erleben und weniger im Rundfahren, obwohl ich nicht bestreiten will, daß auch Autos erforderlich sind. Aber der Polizeibeamte auf der Straße birgt für die Bevölkerung ein größeres Gefühl der Sicherheit, auf das es uns letztlich ankommen muß.

(B)

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung zum Einzelplan 03.

Ich rufe auf:

Einzelplan 04: Justizminister

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/1424.

Ich eröffne die Beratung in zweiter Lesung und erteile Frau Abg. Robels von der Fraktion der CDU das Wort.

Frau Robels (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es tut mir sehr leid, daß der Ministerpräsident nicht hier ist.

(Nagei (CDU): Sehr richtig! - Widerspruch bei der SPD)

Ich hätte ihn bei der Beratung des Einzelplans 04 gern persönlich angesprochen, und zwar deshalb, weil er mich seit einiger Zeit immer, wenn ich mit dem Auto von Köln nach Düsseldorf fahre, auf einem Plakat anschaut, und auf diesem Plakat steht - ich zitiere -: "Von deutschem Boden muß Frieden ausgehen. SPD wählen - Johannes Rau". Frieden, meine Damen und Herren, wollen wir wohl alle, und abgesehen davon, daß Herr Rau wieder einmal den fundamentalen Fehler von vor vier Jahren gemacht hat, daß er meint, daß nur die SPD den Frieden möchte

(Schultz (SPD): Das steht nicht drauf!)

- das entnehme ich aber diesem Plakat -, meine ich, daß der Ministerpräsident zunächst einmal vor seiner eigenen Tür kehren muß. Man kann auch sagen: "Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen."

Ich spiele auf den Rechtsfrieden hier im Lande für den Bereich Gerichtsbarkeit und Strafvollzug an, über den ich hier jetzt zu reden habe. Hier liegt ja nun wirklich einiges im argen.

Fangen wir bei der Familie an, und zwar bei den Familien, die auf ein Gerichtsverfahren lange Zeit warten müssen, in manchen Fällen viele, viele Jahre.

Stichwort: Überlastung der Gerichte, Dauer der Verfahren. Der Bürger in unserem Land hat das Recht, daß sein Gerichtsverfahren in einem angemessenen Zeitraum abgewickelt wird. "Angemessen" heißt nicht, daß man drei oder vier Jahre auf Gerechtigkeit warten muß, sondern heißt: sofort.

Ist das gut funktionierender Rechtsstaat? Herr Rau, ich meine, so geht es nicht. Unschuldige und deren Familien trifft das besonders hart; aber auch ein Straftäter hat das Recht auf schnelle Abwicklung seines Verfahrens, nicht zuletzt wegen der Familienangehörigen.

Die Überlastung der Richter wurde schon im vergangenen Jahr hier in diesem Hause diskutiert. Geschehen ist allerdings überhaupt nichts. Der zuständige Minister, Herr Krumsiek, hat im Rechtsausschuß schon vor einiger Zeit zugegeben, daß die zumutbare Grenze überschritten ist. Das war 1985 so,

(Frau Robels (CDU))

- (A) das war 1986 so, und nach dem, was ich jetzt sehe, wird das 1987 auch nicht anders sein.

(Zustimmung bei der CDU)

Wovon auch? Die miserable finanzielle Lage unseres Landes läßt Ihnen ja auch keinen Spielraum, Herr Minister. Beschämend waren die Haushaltsberatungen in unserem Ausschuß. Keine müde Mark wurde mehr zur Verfügung gestellt als 1986.

Wir haben dem Modellversuch für Beratungsstellen für Haftentlassene in Düsseldorf, Gelsenkirchen, Hagen und Duisburg zugestimmt; aber wir waren auch der Meinung, daß das nicht genug ist und daß dieses Angebot flächendeckend über das ganze Land verteilt sein sollte.

(Beifall bei der CDU)

und zwar unter dem Stichwort Gerechtigkeit. Ich rede hier, Herr Ministerpräsident - der leider nicht da ist - oder Herr Minister, über die Ärmsten der Armen, für die Sie, Herr Ministerpräsident, sich so gern einsetzen, wenn es um Bundesmittel oder um Bundeskompetenzen geht.

(Frau Busch (CDU): Jawohl, so ist es! - Zustimmung bei der CDU)

Stark betroffen von der Arbeitsüberlastung der Gerichte und der Richter sind auch die Schreibkräfte. Sie sind, wie wir jetzt erfahren haben, völlig überlastet. Vier Wochen und länger müssen Bürger auf ein geschriebenes Urteil warten.

(B)

Wie wäre es, wenn sich diese Landesinstitution auch einmal der Mittel bedienen würde, die sich inzwischen schon fast jedes Schreibbüro leisten kann? Ich meine die moderne Datenverarbeitung. Wie bei anderen Fortschrittsprojekten bedeutete das sicherlich eine Erleichterung und Effizienzsteigerung.

Wie ist die Lage der Rechtspflege zu beschreiben? - Seit 15 Jahren werden die Gerichte aller Rechtszweige von einer Prozeßwelle überrollt. Der Deutsche Richterbund, der Präsident des Bundesgerichtshofs, Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts und nicht zuletzt der Präsident des Oberlandesgerichts in Düsseldorf haben wiederholt auf die kritische Situation hingewiesen. Es hat keinen Zweck mehr, die Augen vor dieser Entwicklung zu verschließen.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Jahr hat sich ebenfalls nichts getan.

Ich wiederhole: Die CDU-Fraktion hat nicht umsonst im vergangenen Jahr den Antrag gestellt, daß in einem Dreijahresprogramm jährlich 100 zusätzliche Stellen im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit dem notwendigen Unterbau eingerichtet werden. Aus finanziellen Gründen ist das leider abgelehnt worden, obwohl die Notwendigkeit von allen Fraktionen hier im Raum nicht bezweifelt wurde.

(Beifall bei der CDU)

Wo sind eigentlich die Perspektiven für das kommende Jahr? Ich sehe sie nicht, Herr Minister.

Nun zum Rechtspflegebereich! Die Aufgaben für den Rechtspfleger sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Ich merke an, daß der ganze Komplex Konkursverfahren, die Prozeßstatistik, die Rechtsberatung, Versteigerungsangelegenheiten, Vormundschafts- und Erbschaftsangelegenheiten auf die Rechtspfleger übertragen worden sind. Von dem notwendigen Mehrpersonal war allerdings im vergangenen Jahr und ist auch für das Jahr 1987 nicht die Rede.

(Arentz (CDU): Sehr wahr!)

Erhebliche Engpässe bestehen auch im einfachen und im mittleren Justizdienst. Es wäre schön, wenn der Minister sich auch um diesen Bereich kümmerte.

Schlimm finde ich es, daß auch die Nachwuchsfrage nicht geregelt ist. Herr Minister Krumsiek, Sie haben im letzten Jahr bei den Haushaltsplanberatungen, als es um den Bedarf an Ausbildungsplätzen ging, hier erklärt, das Land bilde überproportional aus; der Bedarf an qualifizierten Rechtspflegern liege über dem Prozentsatz, der ausgebildet wird. - Herr Minister, das stimmt nicht mehr. Der Bund der Rechtspfleger schreibt dazu - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten -:

Um die Rechtsgewährung an unsere Bürger in Zukunft einigermaßen sicherzustellen, ist die Bewilligung von mindestens 200 Rechtspflegeranwärterstellen geboten. Die Zahl 200 deckt nur knapp die natürlichen Abgänge, aber nicht den seit Jahren gestiegenen Geschäftsanfall.

Das sind - aus Zeitgründen streiche ich hier einiges - nur wenige Beispiele aus diesem Bereich.

Nun noch zum Strafvollzug: Die Situation ist hier auch nicht viel anders. Als Mitglied der

(Frau Robels (CDU))

- (A) Vollzugskommission spreche ich aus Erfahrung, weil wir ja im letzten Jahr eine Reihe von Vollzugsanstalten besucht haben. Frau Morawietz, die Vorsitzende dieses Ausschusses, sagte zu diesem Thema im vergangenen Jahr von dieser Stelle aus - ich zitiere abermals mit Genehmigung des Präsidenten -:

Die humane Substanz einer Gesellschaft muß sich daran messen lassen, wie man mit jenen umgeht, die gegen die Spielregeln der Gesellschaft verstoßen und deshalb bestraft werden.

Wie wahr, wie wahr, Frau Morawietz! Ich stimme Ihnen, sehr geehrte Frau Morawietz, voll und ganz zu. Nur, wo sind die Perspektiven, wo sind die Antworten der Landesregierung?

(Beifall bei der CDU - Elfring (CDU):  
Das ist ein generelles Problem der SPD.)

Ich bin in großer Sorge. Die Klage der Bediensteten, der Personalräte, der Gewerkschaften, der Verbände, der Mitglieder der Gefängnisbeiräte in den Justizvollzugsanstalten werden von der CDU-Fraktion mit Besorgnis betrachtet.

Die katastrophale Personalsituation bringt es heute immer noch mit sich, daß hier in Nordrhein-Westfalen von Behandlungsvollzug in vielen Bereichen nicht die Rede sein kann. Der Gefangene soll während seines Aufenthaltes im Vollzug auf sein Leben in Freiheit vorbereitet werden - Stichwort: Reintegration unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der Gesellschaft. So schreibt es das Gesetz vor.

- (B) Wie sieht aber die Realität aus? Der personelle Engpaß ist so groß, daß zum Beispiel die Leiter der Vollzugsanstalten die Begrenzung der Besuchszeiten bei den Gefangenen, eine Einschränkung von sportlicher Betätigung, die Einschränkung von Freizeitveranstaltungen und sogar die Reduzierung der Zahl der ehrenamtlichen Betreuer anordnen müssen - um hier nur einige Punkte zu nennen.

Der Entwicklung der letzten Zeit müssen wir Rechnung tragen, Herr Minister. Und wenn wir schon kein Geld zur Verfügung haben, um mehr Personal einzustellen, dann sollten Sie im nächsten Jahr dem Ausschuß zumindest ein Gesamtkonzept vorlegen, wie der Strafvollzug effizienter gestaltet werden kann. Vielleicht könnte der Gesetzesauftrag dann in Teilen doch eher erfüllt werden.

Wir wissen, daß die Auslastung in den Strafvollzugsanstalten in der letzten Zeit unter-

schiedlich gewesen ist. Hier wäre ein Gesamtkonzept für die einzelnen Anstalten sicherlich hilfreich.

(Zustimmung des Abg. Nagel (CDU))

Der Minister sollte seinen Bediensteten deutlich machen, wie der Strafvollzug nun eigentlich geführt werden soll: liberal oder streng nach den Sicherheitsvorschriften. Ich sage das hier, Herr Minister, weil die Anstaltsleiter durch ihr Verhalten oftmals sehr irritiert und verunsichert sind. Ich nenne hier aus der letzten Zeit den Fall Lecki. Nach der Flucht von Lecki war es die erste Tat des Ministers, den Anstaltsleiter aus Rheinbach zunächst einmal zu versetzen. Zweitens gab es von Ihnen den sogenannten Kaffee- und Kuchen-Erlaß, und zwar per Ukas, ohne daß die Bediensteten wußten, was eigentlich geschehen war.

Dies sind nur einige wenige Beispiele für Ihre Reaktion auf eine außergewöhnliche Situation, Herr Minister. Diese Beispiele belegen aber, daß Sie sich nicht vor Ihre Bediensteten stellen. Wie sonst sollte ich es verstehen, daß Sie den Anstaltsleiter sofort nach der Flucht Leckis versetzt haben?

Ich meine aber, es wäre für Ihre Bediensteten wichtig, daß sie bei der Ausführung ihrer schwierigen und schweren Arbeit vor Ort auch auf die Solidarität ihres Chefs bauen können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die medizinische Versorgung möchte ich auch noch kurz ansprechen. Auch hier habe ich große Bedenken. Das Krankenhaus in Fröndenberg ist zwar ein Fortschritt, aber nicht die optimale Lösung. Hier sollten alle langwierigen, schwierigen Krankheiten behandelt und auch die notwendigen Operationen vorgenommen werden. Aber die medizinische Versorgung vor Ort macht in den Vollzugsanstalten immer noch Probleme. Ich denke da an die relativ vielen Suizide und auch die Probleme der Drogenbehandlung. Darüber sollten wir im Ausschuß reden.

Ein weiteres Thema für die Ausschußberatung ist und war der offene Vollzug. Wie kommt es, daß er nicht so angenommen wird, wie wir es gern hätten? Möglicherweise liegt es daran, daß die Themen Heimatnähe oder Arbeit noch weiter diskutiert werden müssen.

Wir werden darüber reden müssen, ob wir die Arbeitsmoral der Gefangenen im offenen Vollzug dadurch steigern können, daß diese Gefangenen ihren Lohn möglicherweise für

(Frau Robels (CDU))

- (A) ihre Familien oder auch zur Abtragung ihrer Schulden verwenden können. Das ist ein kleiner Denkanstoß, über den wir vielleicht einmal diskutieren sollten. Sie sehen, Herr Minister, wir haben im Ausschuß noch viele Probleme zu besprechen.

Erlauben Sie mir zum Schluß noch ein paar Worte zum Fall Lecki. Ich glaube, daß dieser Fall in der deutschen Justizgeschichte einmalig ist. Das, was uns Herr Lecki hier vorgeführt hat, ist ein Skandal ersten Ranges. Schlagzeilen der letzten Wochen dokumentieren das sogar noch.

(Beifall bei der CDU)

So war am 9. Dezember noch zu lesen: Polizistenmörder Lecki gab dem WDR ein Interview.

(Paus (CDU): Ein toller Sender!)

Herr Minister, die Bonner Staatsanwaltschaft hat auch nach einem Interview des WDR mit dem Polizistenmörder keine neuen Anhaltspunkte für die Fahndung nach dem Ausbrecherkönig, der am 22. September zum vierten Mal - ich wiederhole das: zum vierten Mal! - ausgebrochen ist.

- (B) Der Leitende Staatsanwalt, Herr Johann Wilhelm, meinte zu diesem Fall: die Behörden gehen davon aus, daß die zuständige Redaktion des Westdeutschen Rundfunks Hinweise auf Leckis Aufenthalt hat. Skandalös, wie wir ohnmächtig einem derart schlimmen Fall gegenüberstehen!

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Klütsch von der SPD-Fraktion meinte im Fall Lecki, die lebenslänglich Gefangenen in Rheinbach seien häufig seelisch gequält. Herr Klütsch, meinen Sie, daß das seelische Quälen so, wie Sie es ausgedrückt haben, heute noch in den Vollzugsanstalten die Regel sein muß? Ich meine, nein. Es ist Aufgabe und Pflicht gerade unseres Rechtsausschusses, Sorge dafür zu tragen, daß die medizinische Versorgung so gewährleistet ist, daß auch lebenslänglich Inhaftierte nach Vollendung ihrer Strafe eines Tages reintegriert werden können.

Nach dem Ausbruch des Herrn Lecki sind Zweifel angebracht, ob der Justizminister in diesem Fall dem legitimen Sicherheitsinteresse der Allgemeinheit in ausreichender Weise Genüge getan hat.

(Beifall bei der CDU)

Zum Beispiel ist von Ihnen, Herr Minister, nie einmal ein Ukas herausgegeben worden, in dem stand, wie denn Gefangene in öffentlichen Krankenhäusern eigentlich unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit behandelt werden sollen.

(Frau Busch (CDU): So ist das! - Nagel (CDU): Sehr richtig!)

Für die Vorgänge im Fall Lecki trägt der Minister die politische Verantwortung.

(Zustimmung bei der CDU)

Angesichts der katastrophalen finanziellen Lage des Landes Nordrhein-Westfalen, die ganz besonders diesen Haushalt trifft, verzichtet die Fraktion der CDU auf Einzelanträge zum Haushalt 04, weil finanzwirksame Anträge keine Aussicht auf Erfolg haben.

Herr Krumsiek, Sie tragen die Verantwortung für Ihr Ressort, aber Sie sind nicht allein verantwortlich für die Entwicklung, die eingesetzt hat, und für die Behebung der Folgen, sondern das ist die gesamte Landesregierung. Hier ist der gesamte Landtag gefordert. Die Erhaltung des Rechtsstaates ist keine fachspezifische Frage, sondern eine den ganzen Staat berührende Angelegenheit. Damit liegt die Verantwortung nicht allein im Justizressort. Das gesamte Kabinett ist gefragt und trägt auch die Verantwortung, an der Spitze der Ministerpräsident Rau.

(D) Herr Rau, wenn Sie nicht sehr bald neben dem großen persönlichen Engagement aller im Justizbereich Beteiligten auch finanzielle Hilfen bereitstellen, kann man in unserem Land von einem gut funktionierenden Rechtsstaat nicht mehr sprechen,

(Zustimmung bei der CDU)

Erst recht nicht von dem so viel zitierten Rechtsfrieden.

Ich bitte alle Fraktionen, dem Entschließungsantrag der CDU zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU - Maedge (SPD): Das werden wir nicht.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Klütsch für die Fraktion der SPD das Wort.

(Dautzenberg (CDU): Der Rechtsphilosoph!)

Klütsch (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit penetranter Regelmäßigkeit

(Klütsch (SPD))

- (A) mahnen die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Opposition die Anwesenheit des Ministerpräsidenten an.

(Frau Robels (CDU): Ich fahre auch immer nach Köln und zurück.)

Ich habe ja Verständnis dafür, daß Sie nach dieser Zuwendung suchen, Frau Kollegin, denn von Worms und Biedenkopf sieht man am heutigen Abend beim Einzelplan 04 auch nicht viel.

(Arentz (CDU): Was soll das denn heißen?)

Vielleicht streiten die sich gerade wieder einmal um Führungspositionen.

(Beifall bei der SPD - Arentz (CDU): Das ist ja unerträglich!)

- Lieber Herr Kollege Arentz, nach den Erfahrungen der letzten Plenarsitzung gehe ich davon aus, daß nun wieder ein Anruf angekommen ist, der hier zur Unterbrechung des Plenums führt.

(Elfring (CDU): Das kann nur Lecki sein!)

Das könnte ja Anlaß sein, einmal darüber nachzudenken, ob nicht auch ein bißchen Zuwendung von seiten der Oppositionsführer in diesem Parlament notwendig ist.

- (B) (Zurufe von der CDU)

- Lecki und Klütsch in einer Kiste, da können wir ja gleich zunageln.

(Beifall bei der CDU)

In der Situation, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sollte man in der Tat sehr vorsichtig an die Dinge herangehen. Es darf nicht so sein, Frau Kollegin Robels, daß Sie die Tatbestände schon verwechseln und anschließend aufgrund der falschen Sachverhalte, die Sie unterstellen, zu falschen Schlußfolgerungen kommen.

Vizepräsident Dr. Klöse: Herr Kollege Klütsch, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Nagel?

(Frau Friebe (SPD): Er hat doch noch gar nichts gesagt.)

Klütsch (SPD): Das tue ich gleich anschließend gern, aber erst will ich auf die Kollegin Robels noch eingehen, weil sie eine Antwort verdient aufgrund dessen, was sie hier verkündet hat.

(Beifall bei der CDU)

Als erstes haben Sie gesagt, der Minister hätte den Anstaltsleiter von Rheinbach versetzt. Nichts dergleichen!

(Frau Robels (CDU): Doch!)

Wenn Sie genau gelesen haben: Er hat abgeordnet. Die Abordnung endet nach einer gewissen Zeit,

(Paus (CDU): In fünf Jahren!)

so daß er irgendwann ohne weitere Maßnahmen in Rheinbach wieder erscheint. Ich bin darüber gestolpert und habe gefragt, ob das richtig ist. Da hat er mir das bestätigt. Er ist also nur abgeordnet worden.

(Stallmann (CDU): Das ist ja noch schlimmer.)

Das zweite: den Kaffee-und-Kuchen-Erlaß, der durch die Gegend geistert, den - so sagt mir der Minister - gibt es überhaupt nicht. Es gibt Einzelmaßnahmen, die sicherstellen, daß die Besucher besonderen Sicherheitsanforderungen und -überprüfungen unterworfen werden, aber einen Kaffee-und-Kuchen-Erlaß, wie er öffentlich diskutiert wird, den gibt es nicht.

Dann werfen Sie dem Minister in aller Brutalität vor, er stelle sich nicht vor seine Bediensteten, nur weil er Breitreuz mal als Namen vergessen hat.

Sie machen es ja fast jeden Tag erforderlich, daß er sich vor seine Bediensteten stellt. Ich nenne Bereslaw Schmitz, den Generalstaatsanwalt von Köln, ich nenne Irsfeld, den Oberstaatsanwalt in Bonn.

(Beifall bei der SPD)

Da ergreift der Minister tagtäglich Partei für seine Bediensteten, und Ihnen entgeht das plötzlich.

Also, wer so argumentiert, kommt natürlich auch sehr schnell zu Lösungen, daß man alles das, was mit Entweichungen und Überschreitungen von Urlaub im Justizbereich zu tun hat, lösen könnte, indem man einen neuen Erlaß und eine neue Richtlinie macht. Gerade der Fall Lecki hat doch erwiesen: Richtlinien und Erlasse dienen nicht dazu, den Schlaf eines Bediensteten zu verhindern, sondern sie sind allenfalls dazu da, nachher Verantwortlichkeiten nach unten festzulegen. Wenn Ihnen daran gelegen ist, frage ich mich natürlich erst recht, warum Sie den Schutz von Bediensteten hier anmahnen.

- (A) Vizepräsident Dr. Klose: Können Sie jetzt die Zwischenfrage zulassen? - Bitte schön, Herr Kollege Nagel!

Nagel (CDU): Herr Kollege Klütsch, haben Sie dafür Verständnis, daß ich, nachdem ich hier schon elfeinhalb Stunden sitzen muß, einen manisch-depressiven Freiheitsdrang habe?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Klütsch (SPD): Herr Kollege, Sie treffen sich dann mit mir in meinem manisch-psycho-pathischen Freiheitsdrang, den wir unterstellt hatten, um gewisse Eigenheiten erklären zu können, allerdings unter genau dem gleichen Gelächter, wie das hier der Fall ist.

Meine Damen und Herren, Rechtspolitik verlangt Phantasie, und die kann man nicht immer an einzelnen Punkten festmachen.

(Hardt (CDU): Was?)

- Ja, nun, wo andere Geld brauchen, brauchen die Rechtspolitiker nur Phantasie. Deswegen ist Kriminalpolitik ja auch ein Feld, das bei knappen Kassen bestellt werden kann.

(Lachen bei der CDU)

- (B) Aber jetzt will ich nun wirklich die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion nicht nur zum Lachen bringen, sondern ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich Ihre Armut an Phantasie in den Haushaltsberatungen für bedauerlich halte. Das, was wir nämlich über drei Monate von Ihnen erwartet hatten, daß Sie der Landesregierung, insbesondere dem Justizminister, Beine machen in der Justizpolitik, das ist über drei Monate in den Haushaltsberatungen des Rechtsausschusses nicht erfolgt. Statt dessen heute hier ein labriger Entschließungsantrag!

Also, wenn das wirklich eine Alternative zur Rechtspolitik sein sollte, dann möge der liebe Gott dem Minister noch lange Zeit in seinem Amt gönnen.

(Beifall bei der SPD)

Statt der Regierung mit Sachanträgen Beine zu machen, vergnügen Sie sich in Ausschußsondersitzungen. Da geht es nach dem Motto: Freitags treten hier die Brandstifter im Plenum an und mischen sich in ganz unerträglicher Weise zugunsten eines angeklagten Parteiangehörigen in ein Verfahren ein, und montags im Rechtsausschuß gehen dann die Biedermänner hin und treten den Brand wieder aus. Dürrenmatt läßt grüßen.

(Zurufe von der CDU)

Selbst der Deutsche Richterbund hat sich über einen derartigen Eingriff empört.

(Beifall bei der SPD)

Man muß sich das einmal vorstellen: Unterbrechung des Plenums, Sondersitzung des Rechtsausschusses. Welcher Angeklagte kann schon eine parlamentarische Maschinerie zu seinen Gunsten so schnell zum Einsatz bringen, wie das hier passiert ist? CDU und F.D.P. haben sich in diesem Punkt jedenfalls zum parlamentarischen Pflichtverteidiger ihrer Parteigänger verstanden,

(Beifall bei der SPD)

und das ist ein weiterer unerträglicher Anschlag auf das Rechtsbewußtsein der Menschen, von denen mein Kollege Guttenberger zu Recht gesagt hat: es ist die eigentliche Säule der inneren Sicherheit in diesem Lande. Aber es steht in einer Kette des Verfalls der bürgerlichen Rechtskultur, die wir in diesem Land zu beklagen haben: Attacken auf den Generalstaatsanwalt wechseln ab mit Angriffen auf die Bonner Staatsanwaltschaft wegen des Black-out-Verfahrens des Herrn Bundeskanzlers. Angebliche Indiskretionen der Staatsanwälte werden angegriffen, aber wenn dann wieder Indiskretionen aus dem Kreis der Parlamentarier der CDU-Fraktion im Untersuchungsausschuß in Bonn da sind, dann werden die begehrtlich aufgegriffen, um hierauf ein politisches Süppchen zu kochen.

(Zuruf von der CDU: Das ist ja ein Ding.)

Das Hü und Hott, Berichtspflicht des Generalstaatsanwalts an den Minister ist ein Eingriff in die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft, aber wenn dann anschließend der Irsfeld abgesetzt werden soll, dann fordern alle die Tätigkeit des Ministers.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Wir haben im Justizhaushalt 1987 in der Tat im Spannungsfeld von Konsolidierung einerseits und Aufgabenerfüllung andererseits ein schwieriges Feld zu bestellen gehabt. Aber wie schon im letzten Jahr meine ich, wir hätten es genutzt. War es im laufenden Haushaltsjahr der Abbau von bezahlten Überstunden im Vollzugsbereich, mit dem wir 148 neue Stellen geschaffen haben und Besoldungsverbesserungen im einfachen Dienst ebenfalls durchgesetzt haben, so ist es im Personalhaushalt des Jahres 1987 die Obergrenze für die Planstellenschlüssel im Spitzenamt der Laufbahn des Werkdienstes in den Vollzugs-

(Klütsch (SPD))

- (A) anstalten. Die sind durch bundesgesetzliche Verordnung auf 25 % angehoben worden. Dem sind wir gefolgt. Dadurch allein ergibt sich bei uns eine Möglichkeit, 35 neue Beförderungsstellen zum Betriebsinspektor zu schaffen.

Auch 1987 ist der Justiz im Lande ein Aderlaß erspart worden. Die Arbeitsbelastung der Gerichte ist gestiegen, die Arbeitsbelastung der Staatsanwälte und der Rechtspfleger sowie die Arbeitsbelastung der Bediensteten im Vollzug halten sich auf hohem Niveau. Dies gab Anlaß, über Umschichtungen im Personalhaushalt nachzudenken. Dem sind wir in der Sache gefolgt, indem die Schwerpunkte - Bekämpfung der Wirtschafts- und Umweltkriminalität, der Ausbau der Bewährungs- und Gerichtshilfe und die Entlastung des Strafvollzugs - mit entsprechenden Personalvorschlägen versehen worden sind. Sie sind im Haushalt untergebracht worden. Für den Bereich der Assistentenanwärter suchen wir noch nach Lösungen bis zur dritten Lesung, die Stellen der Beamten im Vorbereitungsdienst, im mittleren Dienst, nicht unter den Vorjahresstand fallen zu lassen.

Schließlich registrieren wir, Frau Kollegin, mit Ihnen voll Freude, daß es nunmehr gelungen ist, die zentralen Beratungsstellen für Straffälligenhilfe aus dem Modellversuch zu entlassen und mit 1 Million DM zu etatisieren. Damit ist die Existenz der vier Beratungsstellen gesichert, und ihre erfolgreiche Arbeit kann sich stabilisieren. Mit ihrem freiwilligen und ganzheitlichen Ansatz, Straffällige von der U-Haft über das Gerichtsverfahren in den Anstalten und auch noch nach der Entlassung zu betreuen, sind die Träger der ambulanten Straffälligenhilfe keine Konkurrenz, sondern Ergänzung und Entlastung der stationären Hilfen der Justiz. Die Justiz hat damit ein kriminalpolitisches Instrument in der Hand, in den Kreislauf kriminellen Rückfalls flächendeckend einzugreifen.

Wir werden die positiven Erkenntnisse aus Düsseldorf, Duisburg, Gelsenkirchen und Hagen nutzen, um die kriminalpolitischen, kommunalen und fiskalischen Vorteile der ambulanten Hilfen weiter auszubauen.

Die Armut an Phantasie der CDU-Opposition wird aber auch selbst in ihrem Entschließungsantrag zum Justizhaushalt 1987 sichtbar. Statt mit einem Sammelsurium an Vorschlägen, Anträgen und Forderungen aufzuwarten, sind darin lediglich eine Bestandsaufnahme, eine Bilanz und notwendige Maßnahmen enthalten.

(Paus (CDU): Das ist doch schon etwas!  
- Frau Robels (CDU): Maßnahmen sind doch wichtig!)

Das ist mit heißer Feder geschrieben. Wenn das alles sein soll, was die Opposition in diesem Lande als Rechtspolitik alternativ zu bieten hat, dann warte ich gespannt auf das nächste Jahr: Da kann das bestimmt noch besser werden!

(Frau Robels (CDU): So ist es!)

Wer allein der Regierung in Sachen Rechtspolitik das Denken überläßt, hat sich vom Parlamentarismus längst verabschiedet.

(Schumacher (Kall) (CDU): Sie wollen doch nur Phantasie haben, nicht Politik!)

Nichts anderes wird hier gefordert, indem man die Regierung zum Arbeiten bringen will. Sie müssen noch Ihre justizpolitischen Hausaufgaben machen, denn alles das, was in Ihrem Antrag anklingt, läuft bereits. Sie müssen nur einmal im Haushalt nachsehen. Das, was Sie anregen, sich vorstellen, findet bereits im Haushalt seinen Niederschlag:

- Arbeitsablaufuntersuchungen im Bereich der Rechtspflege: Das läuft!
- Kosten-Nutzen-Analysen in den verschiedenen Justizbereichen, um zu effektivieren: Das läuft.
- Vorschläge für Verfahrensänderungen, die zur Entlastung führen, sind von uns in den Vorjahren eingebracht worden und werden in diesem Haushalt und in den fortlaufenden Haushalten exekutiert.

Dabei ist interessant, daß die F.D.P. das, was die CDU mit der einen Hand fordert, mit der anderen Hand wieder ausgibt.

(Schumacher (Kall) (CDU): Das haben wir eben anders gehört!)

Voraussetzung für eine Analyse und für Maßnahmen sind doch nach unser aller Meinung nachweisbare Rechtstatsachen. Aber genau die Erfassung und die Erforschung von Rechtstatsachen - mit 550 000 DM im Haushalt vorgesehen - wollte die F.D.P.-Fraktion wieder insgesamt gestrichen wissen. Wir haben diesen Unsinn mit Ihrer Unterstützung verhindert.

Die Summe der Gemeinplätze in Ihrem Entschließungsantrag ist größer als die Zahl der Vorschläge. In der Tat gibt "zehn Jahre Strafvollzugsgesetz" einen Anlaß für eine Bilanz. Warum haben Sie dann aber Ihre Anregungen nicht im Verlauf der Haushaltsberatungen eingebracht?

"Zehn Jahre Strafvollzugsgesetz" geben Anlaß für eine Bilanz, aber das Parlament, nicht

(Klütsch (SPD))

- (A) allein die Regierung ist berufen, den Kurs der Kriminalpolitik vorzugeben. Der Justizminister hat mit seinem Arbeitsprogramm zu Beginn der Legislaturperiode seine Ziele vorgestellt. Jetzt frage ich mich ganz einfach: Wo sind denn Ihre Ziele, über die wir heute debattieren könnten?

(Paus (CDU): Heute reden wir über Ihren Haushalt!)

Die Belastung der Rechtspflege in NRW ist augenscheinlich. Es gibt aber ganz sicher auch einen Zeitpunkt, in dem die erste Gewalt der dritten Gewalt zur Hilfe kommen muß, wenn der Rechtspflege im Schwitzkasten der Haushaltsvorgaben der Regierung nicht die Luft ausgehen soll.

Aber Justizpolitik ist nach unser aller Meinung eben mehr als nur der Ruf nach ständiger Personalvermehrung.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir suchen deshalb im kommenden Jahr mit interessierten Verbänden der Gerichtsbarkeit nach Mitteln und Wegen, um durch Änderung von Arbeits- und Verfahrensabläufen Binnenressourcen der Justiz zu nutzen, Leerläufe zu vermeiden und so für einen effizienten Rechtsschutz des Bürgers vor Gericht Sorge zu tragen.

- (B) Wir erwarten auch Vorschläge der Tarifverbände, wie im Bereich der Rechtspflege Arbeitszeitverkürzungen ohne Mehrbelastungen der einzelnen Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger umgesetzt werden können.

Die Suche nach Alternativen zur Freiheitsstrafe wird auch die Situation im Strafvollzug entlasten. Stilllegung ganzer Abteilungen kann eine Antwort sein, die sinkende Zahl von Häftlingen als Entlastung an die Bediensteten weiterzugeben.

Im offenen Vollzug haben wir in den zehn Jahren die Stellen um 1 000 erhöht. Die Urlaubszeiten im Vollzug haben sich verfünffacht und die Stellen im Vollzug insgesamt um 42 % vermehrt. Das Verhältnis von Häftlingen zu Bediensteten ist 2,18 zu 1. Das kann sich im Vergleich der Bundesländer sehen lassen. Im übrigen: Gute Gesetze vermeiden Streit. Auch das ist eine Aufforderung an uns.

Da wir Ihren Entschließungsantrag geschäftsmäßig nicht in die Arbeit des Ausschusses überweisen können, um ihn dort inhaltlich anzureichern, werden wir die Entschließung formell ablehnen. Inhaltlich aber bieten wir an, das Jahr 1987 auf der Basis

dieses Haushalts zu nutzen, um der Regierung im Bereich der Rechtspflege und des Strafvollzugs kriminal- und rechtspolitische Vorgaben zu machen, um zwei Ziele gleichzeitig zu erreichen: Entlastung der Justiz wie Entlastung des Haushalts.

Das verlangt Phantasie, Phantasie gegen eine zu teure Gefängnispolitik. Auf dem Weg einer phantasievollen Rechtspolitik lassen wir uns von der CDU-Fraktion im nächsten Jahr gern begleiten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Ruppert für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Ruppert (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich Herrn Lecki gar nicht ansprechen wollen - ich kenne ihn nämlich nur "flüchtig".

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Frau Friebe (SPD): Jetzt ist es aber genug!)

Kollege Klütsch hat aber eben das Thema "Abordnung des Leiters der Strafvollzugsanstalt" angesprochen. Natürlich hat er recht. Es war - korrekt gelesen - nur eine Abordnung, aber wie lesen es denn die Leute draußen? Da ist doch Abordnung, Absetzung, Versetzung eins. Und wenn man seine sieben Sinne zusammenhat, dann war das natürlich auch Sinn der Übung, nämlich den Leuten möglichst schnell einen Schuldigen zu liefern

(Frau Robels (CDU): So ist es!)

und möglichst schnelles Handeln zu zeigen. Um nichts anderes ging es. Machen wir uns doch nichts vor!

Herr Kollege Klütsch hat auch den Namen Irsfeld noch einmal genannt.

(Maedge (SPD): Zu Recht!)

Ich finde, Kollege Klütsch hat damit Oberstaatsanwalt Irsfeld keinen Gefallen getan; denn ein Minimalkonsens - zwar nicht viel, aber ein Minimalkonsens - ist doch aus der Sondersitzung des Rechtsausschusses herausgekommen: Diese Äußerung von Oberstaatsanwalt Irsfeld, über die wir dort diskutieren mußten, die "wäre besser unterblieben" - ich zitiere Sie, Herr Minister. Das kann ich nur voll und ganz unterstreichen.

(Maedge (SPD): Sie haben doch die Absetzung gefordert!)

(Ruppert (F.D.P.))

- (A) Diese Äußerung mußte den Eindruck hervorrufen, als vergleiche Oberstaatsanwalt Irsfeld die Angeklagten mit Terroristen und ihre Verteidiger mit den Anwälten von Terroristen, die durch allerlei Tricks die Verfahren aufhalten

(Maedje (SPD): So ist es doch auch!)

und vernünftige Verfahren unmöglich machen! Dieser Eindruck mußte entstehen. Deswegen wäre die Äußerung nicht nur besser unterblieben, sondern wir müssen sie mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

(Maedje (SPD): Aber Sie haben die Abberufung gefordert. Das ist das Schlimme! - Wendzinski (SPD): Sie haben sich zum Werkzeug der Verteidigung gemacht! - Maedje (SPD): Das ist unerhört! - Klütsch (SPD): Er geniert sich doch!)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Ruppert, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Klütsch?

(Ruppert (F.D.P.): Bitte sehr!)

Klütsch (SPD): Herr Kollege Ruppert, darf ich Ihrer Äußerung entnehmen, daß Sie sich heute genieren, daran erinnert zu werden, daß Sie damals die Abberufung von Oberstaatsanwalt Irsfeld verlangt haben?

- (B) (Maedje (SPD): Sehr gut!)

Ruppert (F.D.P.): Ich sage Ihnen: Die Äußerung hat dieses Verfahren, das ja auch vorher schon durch Fehler, die im Justizministerium dieses Landes liegen,

(Paus (CDU): Was besser unterblieben wäre!)

hinreichend belastet worden ist, zusätzlich belastet. Auch deswegen wäre sie besser unterblieben.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Maedje (SPD) und Klütsch (SPD): Was? Was? - Weitere Zurufe von der SPD - Henning (SPD): Wir haben doch was anderes festgestellt im Untersuchungsausschuß!)

- Nun lassen Sie uns doch über die eigentlichen Essentials der Justizpolitik dieses Landes miteinander reden!

(Henning (SPD): Nein, so nicht!)

Und wenn ich so die Äußerungen von Herrn Minister Krumsiek - -

(Maedje (SPD): Das kann ja wohl nicht wahr sein! - Weitere Zurufe von der SPD und Gegenrufe von der CDU)

- Ich bin gern bereit, auch über dieses Thema mit Ihnen noch weiter zu diskutieren. Ich sage hier nur: Dem Verfahren ist genug geschadet, und wir sollten das nicht noch breittreten. Dadurch wird es nicht besser.

(Maedje (SPD): Das war das unmögliche Auftreten der Verteidiger der Angeklagten. Das ist das Problem. Der Justiz jetzt hier auch noch etwas andrehen zu wollen, ist eine Unverschämtheit!)

- Herr Maedje, mäßigen Sie sich!

(Zurufe von der SPD - Maedje (SPD): Das können Sie doch bleiben lassen!)

- Herr Maedje, mäßigen Sie sich!

(Glocke des Präsidenten - Maedje (SPD): Ich sage Ihnen gleich noch etwas ganz anderes! - Weitere Zurufe von der SPD)

Ich habe im Justizausschuß ganz deutlich gesagt, daß wir eines vor allen Dingen nicht tun dürfen - ich finde, das sollten Sie auch nicht tun -, nämlich immer den Eindruck zu erwecken, als wollten wir inhaltlich, materiell in dieses Verfahren eingreifen. Und das wollten wir in der Tat nicht.

(Maedje (SPD): Genau das wollten Sie! Soll denn hier eine Vorverurteilung erfolgen? - Weitere Zurufe der Abgeordneten Klütsch und Henning (SPD) - Dr. Linssen (CDU): Nachkarten, das ist doch richtig schön! - Weitere Zurufe)

- Also, ich glaube, lieber Kollege Klütsch, lieber Kollege Maedje, wir lassen das lieber, sonst sagen wir hier noch Sachen,

(Zurufe von der SPD)

die wirklich nicht mit dem Respekt vor dem Rechtsstaat zu vereinbaren sind.

(Zustimmung bei der SPD - Klütsch (SPD): Sie haben doch damit angefangen!)

Noch einmal zurück zu den Essentials der Justizpolitik! Wenn ich zahlreiche Äußerungen des Ministers im Ausschuß vor mir Revue passieren lasse, dann bleibt eigentlich immer

(Ruppert (F.D.P.))

- (A) ein Statement, das er ganz ehrlich sagt - das halte ich ihm auch zugute -: Eigentlich wäre mehr nötig für die Justiz dieses Landes, aber wir haben nichts in der Kasse. Das in der Tat ist die Lage. Das Land ist pleite, und da hilft auch alle Phantasie des Kollegen Klütsch nicht weiter.

(Zuruf von der CDU: Hat der Phantasie? - Dorn (F.D.P.): Dann soll er doch die Phantasie einbringen!)

Was ist denn Justiz? Justiz ist eine klassische gesellschaftliche Dienstleistung. Und die Dienstleistungen haben es so an sich, daß sie immer mehr in Anspruch genommen werden. Bei der Justiz können wir das auch feststellen. Das liegt ja nicht nur an steigender Kriminalität.

(Unruhe)

Selbst, wenn wir sie stoppen könnten, müßten wir dann auch feststellen, daß zum Beispiel mit steigendem Bildungsstand die Leute immer mehr und immer lieber bereit sind, sich der Dienste der Justiz zu bedienen. Die Folge ist natürlich eine immer stärkere Belastung aller Bereiche der Justiz.

Und dann werden neue Anforderungen an die Justiz gestellt - nicht zu Unrecht! Da wird gefordert, Wirtschaftskriminalität stärker zu bekämpfen, sich Umweltdelikten

- (B) (Anhaltende Unruhe)

stärker anzunehmen. Das heißt, das generelle Problem ist, daß sich die Justiz vor neuen Aufgaben gar nicht retten kann.

Natürlich müssen wir auch nach Wegen suchen, wie das Recht einfacher praktiziert werden kann, ohne Rechtsgewährung zu beeinträchtigen.

(Weiterhin anhaltende Unruhe)

Ich will jetzt nicht die Sachdiskussion über den berühmten "Eierdieb-Erlass" wieder neu beginnen, aber, Herr Minister, eines ist doch klar - das sagen alle Fachleute -: Eine Entlastung der Justiz ist damit nicht verbunden.

(Weiterhin anhaltende Unruhe)

Wer das Schiff unter dieser Flagge segeln läßt, der läßt es unter falscher Flagge segeln. Das wird nicht funktionieren.

(Zuruf von der CDU: Wann hört der endlich auf? - Weiterhin anhaltende Unruhe)

Das gilt auch für die Zielsetzung der Reform des Strafvollzuges. Die F.D.P.-Fraktion kann ihr inhaltlich durchaus zustimmen, wenn gefordert wird: weniger Knast, mehr Therapie. Aber seien wir uns doch darüber im klaren: Wer das wirklich will, der darf am Personal und auch an den Sachkosten nicht sparen. Da brauchen wir nicht weniger Leute, sondern eher mehr.

(Frau Robels (CDU): Sehr richtig!)

Das gleiche gilt für die auch von uns geteilte Zielsetzung der Verbesserung des Opferschutzes. Auch hier heißt das: mehr Mittel und eher mehr Personal, auf jeden Fall nicht Einsparung.

(Fortdauernde Unruhe)

Man mag ja in manchen Bereichen des öffentlichen Dienstes meinen, daß sich da halt noch ein bißchen schneller und rationeller arbeiten läßt. Rationalisierungsmöglichkeiten mag es auch geben. Ich will die nicht in Abrede stellen, und die müssen auch gesucht werden.

Aber beispielsweise im Strafvollzug kommt es eben darauf an, daß die einzelne Position besetzt ist. Und da wird sofort und sehr schnell und ja auch an den zahlreichen Überstunden deutlich, wenn die Personalausstattung eben hinten und vorne nicht reicht. Das ist objektivierbar. Wir haben ja die Vielzahl der Überstunden gesehen.

Wir haben auch gesehen, daß es eben nicht möglich ist, daß man zusätzliche Strafvollzugsanstalten einrichtet und dann sagt, das Personal dürfe aber insgesamt nicht zunehmen. Das ist ausgeschlossen und konnte auf Dauer nicht funktionieren.

(Erneut anhaltende Unruhe)

Ich will nicht verschweigen, daß wir hier gemeinsam, Herr Kollege Klütsch, Frau Kollegin Robels, einen Erfolg erzielt haben. Ich will auch nicht verschweigen, wem er nicht zuletzt zu verdanken ist. Ich glaube, der amtierende Präsident, Herr Dr. Klose, hat nämlich als erster das Anliegen angesprochen, Überstunden im Vollzug in neue Stellen umzuwandeln. Das ist in Übereinstimmung aller Fraktionen im Rechtsausschuß gelungen. Mich hat dann nur einige Monate später, als das vom Ministerium endlich umgesetzt werden konnte, gewundert, als ich den Minister im Westdeutschen Rundfunk gehört habe. Da klang das ganz so, als sei dies seine Erfindung gewesen und die Wohltat des nordrhein-westfälischen Kabinetts. Ich fand das nicht so schön. Man hätte dort deutlich sagen

(Ruppert (F.D.P.))

- (A) können, von wem die Initiative ausging, nämlich vom Ausschuß.

Es ist kein Zweifel, daß in anderen Bundesländern die Zahl der Richter und Staatsanwälte zugenommen, daß sie in Nordrhein-Westfalen abgenommen hat und daß das konträr zu der Entwicklung des Aufkommens an Fällen steht. Wir müssen diese Entwicklung einfach stoppen und die Stellen in der Justiz wieder vermehren.

Kollege Klütsch hat vielleicht recht: Personal ist in der Justiz nicht alles. Aber ohne ausreichendes Personal ist alles nichts. Deshalb müssen wir wieder für ausreichendes Personal sorgen.

Die zu langen Verfahrensdauern, zu denen wir aufgrund dieser Situation kommen, die Unzuträglichkeiten im Vollzug zeigen uns, daß es nicht akzeptabel war - das haben wir immer gesagt -, auch in der Justiz Stellen pauschal zu kürzen. Ich habe noch im Ohr, was der Finanzminister gesagt hat, als er in Amtsunion gleichzeitig Justizminister war. Da hat er ausgeführt: Diese Stellenkürzungen wird es in der Justiz nicht geben. - Als er wieder nur Finanzminister war, Herr Posser, gab es dann die Stellenkürzungen.

Wir sagen: Die Justiz muß in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen. Sie muß den verfassungsmäßigen Anspruch der Bürger auf Rechtsgewährung einlösen. Es kann nicht länger hingenommen werden, daß das in Zweifel gerät.

(B)

Ich will noch zwei Bemerkungen zu den Anträgen machen, mit denen wir im Rechtsausschuß keinen Erfolg hatten. Wir haben gesagt - und dazu stehe ich -: Die Situation der Justiz im Lande ist nicht so, daß das Schwergewicht auf Öffentlichkeitsarbeit liegen darf. Und wir haben gesagt: Die Situation der Justiz im Lande ist nicht so, daß wir uns für über 23 Millionen DM ein Haus zur Fortbildung in Recklinghausen leisten können. Das heißt nicht, daß wir gegen Fortbildung sind. Aber es gibt ja schon Fortbildungseinrichtungen; es gibt in den Einrichtungen der Justiz auch keinen Mangel an Stätten, an Sälen zum Beispiel, in denen man Fortbildungsveranstaltungen durchführen kann. Wir haben eher den Eindruck: Das war ein Geschenk der ehemaligen Justizministerin an ihren Wahlkreis. Insoweit ist der Vorgang typisch. Diese Art Ausgaben haben den Haushalt Nordrhein-Westfalens eben an den Rand des Ruins getrieben, wie Herr Minister Posser das vor einiger Zeit zutreffend beschrieben hat.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Abschließend zum Haushalt, den wir ablehnen müssen, weil er keine Perspektiven aufzeigt, wie das Land in den kommenden Jahren der immer weiter wachsenden Belastung der Justiz begegnen will! Die Arbeitsbelastung der Gerichte ist zu groß, aber auch im Strafvollzug ist sie bedrohlich. Die Richter und Beamten erwarten eine Antwort auf die Frage, wie es weitergehen soll. Die Landesregierung und auch die SPD-Mehrheitsfraktion bleiben diese Antwort bisher schuldig.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Justizminister Dr. Krumsiek das Wort.

Dr. Krumsiek, Justizminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Frau Kollegin Robels, ich bin immer wieder verwundert, zu welchen verbalen Kraftanstrengungen Kollegen so spät nach Sonnenuntergang noch fähig sind.

(Hardt (CDU): Vollmond! - Weitere Zurufe von der CDU)

Wahrscheinlich liegt das aber daran, daß das rechtzeitig nach Sonnenaufgang schon formuliert worden ist.

(Heiterkeit - Elfring (CDU): Sie sind immer so spontan, Herr Minister. Er strotzt vor Spontaneität! - Weitere Zurufe)

- Nach Sonnenaufgang!

(D)

Nun zu Ihnen, Herr Kollege Ruppert. Ich will nur drei Dinge sagen. Ihr Kürzungsantrag zu Recklinghausen hat mich ein wenig amüsiert; denn Sie wissen, daß dieses Fortbildungszentrum im nächsten Jahr fertig wird. Und bei der Finanzsituation könnten Sie es doch sicherlich nicht verantworten, daß da eine Ruine stehengeblieben wäre.

(Paus (CDU): Die Folgekosten! Die Folgekosten!)

Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß wir so spät, kurz vor 22.00 Uhr, nicht mehr in die Bewältigung des Lambsdorff-Prozesses eintreten wollen. Ich glaube, wir sind gut beraten, wenn wir das nicht tun.

(Zustimmung bei der SPD)

Nun, zu § 153 Strafprozeßordnung - Sie haben den Erlaß angesprochen - darf ich Ihnen sagen: Es mutet ja eigenartig an, daß der Rechtsstaat zusammenbricht, wenn bei den sogenannten Eierdieben § 153 StPO an-

(Minister Dr. Krumsiek)

- (A) gewandt wird und bei Steuerhinterziehungen von mehr als 1 Million DM § 153 in Anspruch genommen wird.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe wiederholt erklärt und sage auch hier, daß die Justiz in ihrer Gesamtheit an der Grenze der Belastbarkeit angekommen ist.

(Zuruf der Frau Abg. Robels (CDU))

Ich bekenne meinen Respekt vor allen, die dort ihren Dienst tun, die täglich ihren Dienst tun und die mehr als ihre Pflicht tun. Nur, um der Legendenbildung vorzubeugen, muß ich Sie auf folgendes hinweisen, Frau Kollegin Robels.

(Nagel (CDU): Habt ihr den Lecki wieder? - Heiterkeit)

- Zu Lecki komme ich gleich noch. Da habe ich noch einen Bonbon für Sie, Herr Nagel.

(Hardt (CDU): Haben Sie ihn doch?  
- Dr. Linssen (CDU): O ja, da ist er ja! - Heiterkeit)

Wir beraten heute den Haushalt, und deswegen darf man ja auf Zahlen verweisen. Wenn Sie dieses Buch "Justiz in Zahlen" gelesen hätten, hätten Sie festgestellt, daß die Verfahrensdauer bei den Staatsanwaltschaften bei 96 % unter sechs Monaten liegt, bei den Amtsgerichten in Strafsachen bei 91 % unter sechs Monaten und bei den Landgerichten bei 74 % unter sechs Monaten. In der Zivilgerichtsbarkeit ist das ähnlich.

(B)

(Hardt (CDU): Der Lecki ist aber was länger weg!)

Wenn Sie die Zahlen der Rechtspfleger nachgelesen hätten, hätten Sie feststellen können, daß wir von 1980 bis 1985 131 zusätzliche Rechtspflegerstellen eingerichtet haben.

(Rohe (SPD): Woher sollen die das wissen? Die passen ja nicht auf.)

Wenn Sie die Personalstellen nachgelesen hätten, hätten Sie lesen können, daß in der ordentlichen Gerichtsbarkeit 1980 23 217 und trotz aller Stellenkürzungen 1985 24 886 Bedienstete beschäftigt waren, bei den Staatsanwaltschaften 1980 4 737, 1985 5 004 und bei den Vollzugsbediensteten 1980 6 891 und 1985 7 845. Und das trotz aller Stellenkürzungen! Ich muß Ihnen sagen: Im Vollzug haben wir mit dem Land

Niedersachsen die beste personelle Betreuung in der gesamten Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf Ihnen weiter sagen: Es hat keinen Kaffee-und-Kuchen-Erlass im Zusammenhang mit Lecki gegeben, sondern ich habe mit den Anstaltsleitern diesen Komplex diskutiert und darauf hingewiesen, daß ich erwarte, daß bestimmte Sicherheitsvorschriften eingehalten werden. Ich meine, das ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit eines Ministers.

(Beifall bei der SPD)

Das muß er von seinen Bediensteten im Interesse der Sicherheit der Bürger verlangen, die Sie sonst ja immer so groß schreiben.

(Beifall bei der SPD)

Nun sagen Sie, hier sei der Minister politisch verantwortlich. Ich drücke mich auch gar nicht davor. Es macht mir auch gelegentlich Spaß, mit Ihnen darüber zu diskutieren. Nur, wenn dem Bundesverteidigungsminister Handgranaten geklaut werden, hat der Verteidigungsminister keine politische Verantwortung. Aber wenn hier ein Häftling abhaut, haben Sie gleich den Minister am Kanthaken. Da messen Sie doch mit zweierlei Maß, Frau Kollegin.

(Beifall bei der SPD)

Hier ist schon dargestellt worden - und Sie haben das nur nicht richtig formuliert -, daß wir den Herrn Breitreuz abgeordnet haben. Wir haben ihn am 23. oder 24. September auf die Dauer von drei Monaten abgeordnet.

(Zuruf von der CDU: Dann kommt er Weihnachten wieder!)

Und jetzt kommt das Bonbon für Sie, Herr Nagel: Der hätte Heiligabend seinen Dienst wieder aufnehmen müssen. Da wir das nicht wollten, hat er gestern seinen Dienst wieder angetreten. Ich hätte das sonst morgen früh dem Rechtsausschuß mitgeteilt.

(Zuruf von der CDU: Ist sowieso nicht geheim!)

Aber da wir heute darüber diskutieren, tue ich das jetzt.

(Nagel (CDU): Bringt er denn den Lecki wieder mit?)

- Ich bedaure das Interview. Ich will auch nicht verhehlen, daß dieses Interview für

(Minister Dr. Krumsiek)

- (A) mich haut goßt hat. Ich habe das auch dem Intendanten gesagt.

(Elfring (CDU): Was sagt der denn?)

Nur - auch das sage ich Ihnen -, wer sich zur Pressefreiheit in diesem Lande bekennt, muß auch bereit sein, einmal ein solches Interview über sich ergehen zu lassen.

(Beifall bei der SPD - Nagel (CDU): Aber eine Plenardebatte, eine Haushaltsberatung, wollen sie im WDR nicht übertragen!)

Ich glaube, daß die vergangenen Monate Ihnen ausreichend gezeigt haben, daß ich mich da, wo es erforderlich ist, vor das Personal, vor die Beamten, vor die Richter und Staatsanwälte, stelle. Das werde ich auch in Zukunft tun.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

(Beifall bei der SPD)

- Die hier sind, geben mit Recht Beifall. - Im übrigen war das Haus selten bei einer Beratung des Einzelplans 04 so gut besetzt wie heute. Das spricht für den Landtag.

(Beifall bei der SPD)

- (B)

Ich schließe die Beratung.

Wir haben damit auch das Ende der heutigen Tagesordnung erreicht. Ich unterbreche die Beratungen zum Haushalt in zweiter Lesung. Sie werden morgen früh um 10.00 Uhr fortgesetzt. Ich wünsche Ihnen eine gute Nacht, in Düsseldorf oder anderswo daheim.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 21.48 Uhr

Ausgegeben: 29. Dezember 1986

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 39, zu beziehen.